

NOMOSLEHRBUCH

Adolphsen

# Zivilprozessrecht

8. Auflage



Nomos

<https://doi.org/10.5771/9783748941569-1>, am 17.09.2024, 16:27:52  
Open Access –  – <https://www.nomos-elibrary.de/agb>

NOMOSLEHRBUCH

Prof. Dr. Jens Adolphsen  
Universität Gießen

# Zivilprozessrecht

8. Auflage



**Nomos**

<https://doi.org/10.5771/9783748941569-1>, am 17.09.2024, 16:27:52  
Open Access –  <https://www.nomos-elibrary.de/agb>

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0621-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-4156-9 (ePDF)

8. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

<https://doi.org/10.5771/9783748941569-1>, am 17.09.2024, 16:27:52

Open Access –  <https://www.nomos-elibrary.de/agb>

## Vorwort zur 8. Auflage

Zivilprozessrecht ist meist kein Stoff, der Studenten auf ihrem Weg zum 1. Staatsexamen sonderlich fasziniert. Oft wirkt die Materie abstrakt. Trotz der angeblich so großen Notwendigkeit in der Praxis ist diese Praxis im 4. oder 5. Semester noch scheinbar unreal weit entfernt.

Zivilprozessrecht ist aber nicht nur später praxisrelevant, sondern zunehmend wichtiger Prüfungsstoff, dessen Beherrschung für das Examen zwingend notwendig ist. Gem. § 5 a Abs. 2 DRiG ist der Kernbereich des Verfahrensrechts Pflichtfach in der staatlichen Pflichtfachprüfung. Was als Kernbereich angesehen wird, variiert in den einzelnen Bundesländern stark. Während in einigen Ländern das Verfahrensrecht seit langem zum Pflichtprogramm gehört und die Klausuren entsprechend anspruchsvoll sind, ist in einzelnen Bundesländern die ZPO erst seit kurzem Prüfungsgegenstand.

Das Lehrbuch passt sich diesen Voraussetzungen an: Es setzt dort Schwerpunkte, wo es sich gezeigt hat, dass im Examen z.T. sogar detaillierte Kenntnisse nötig sind. Weniger prüfungsrelevante Bereiche wurden sehr knapp oder auch gar nicht dargestellt. Hier erschien mir weniger mehr.

Ich habe bei der Darstellung berücksichtigt, welche Lernschwierigkeiten ein Student typischerweise hat und wie ein bestimmtes Problem in der Klausur zu behandeln ist. Eine Mischung aus fallorientiertem und vom Fall losgelösten Lernen bot sich für die Darstellung an: Die Lösung eines Falles hilft dem Studierenden alleine wenig – kein Fall wird genau dem Prüfungsfall entsprechen. Die abstrakte Darstellung des Prozessrechts hilft dann nicht weiter, wenn man nicht weiß, wo ein Problem in der Klausur aufzuhängen ist. Grafiken mit Aufbauhilfen sollen dabei zusätzlich helfen.

Die ersten sieben Auflagen dieses Buches sind positiv aufgenommen worden. Denen, die konstruktive Kritik geäußert und mich auf Ungenauigkeiten und Fehler hingewiesen haben, danke ich sehr. Ich habe mich auch bei der Überarbeitung für die 8. Auflage wieder bemüht, den Ansatz des Buches beizubehalten, eine Struktur vorzugeben und nur Notwendiges darzustellen. Das Werk soll keinesfalls von Auflage zu Auflage wachsen.

Das Werk ist für die Neuauflage komplett überarbeitet worden und befindet sich auf dem Stand von Juli 2023. Die Neuerungen der ZPO, die ich für die Bearbeitung der 8. Auflage berücksichtigt habe, waren geprägt durch die Bewältigung der Coronakrise und den Dieselskandal. Die Coronakrise hat allen die Notwendigkeit der weiteren Digitalisierung der Rechtsdurchsetzung vor Augen geführt. Die Arbeitsgruppe „Modernisierung des Zivilprozesses“ hat 2021 ein Thesenpapier vorgelegt, dass die Diskussion beschleunigt hat. Der Dieselskandal hat nicht nur zu einem Referentenentwurf zu einem neuen Leitentscheidungsverfahren des BGH in der Revision geführt, sondern auch den Europäischen Gesetzgeber auf den Plan gerufen, sodass Deutschland im Juli 2023 aufgrund der EU Verbandsklagerichtlinie eine Abhilfeklage eingeführt hat (Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz – VRUG), die hoffentlich etwas effektiver sein wird als das Musterfeststellungsverfahren. Um im Wettbewerb der Justizstandorte attraktiver zu werden, will der Gesetzgeber Commercial Courts einführen, deren Verfahren an das von Schiedsgerichten angenähert ist. Für einen Bereich wie das Zivilprozessrecht sind das wirklich spannende Zeiten.

Die aktuelle Gesetzgebung ist berücksichtigt worden. Rechtsprechung und Literatur sind vollständig ausgewertet und sinnvoll eingearbeitet worden.

Bei der Bearbeitung von Passagen aufgrund von Gesetzesänderungen habe ich außer in Fällen, in denen das zum Verständnis unbedingt erforderlich ist, bewusst auf die Darstellung der Gesetzgebungsgeschichte verzichtet, um eine Konzentration auf die aktuelle Gesetzeslage zu erreichen.

Viel Erfolg beim Lernen!

Orte, im Juli 2023

*Jens Adolphsen*

# Inhalt

Vorwort zur 8. Auflage 5

Abkürzungsverzeichnis 19

## A. Einführung

---

§ 1 Die ZPO-Klausur 25

I. Klausurschema 25

Aufbau einer erstinstanzlichen Klage 26

II. Klausurtypen 27

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 28

§ 2 Hinführung zum Zivilprozessrecht 29

I. Funktion des Zivilprozesses 29

II. Materielles Recht, Erkenntnis- und Zwangsvollstreckungsverfahren 31

III. Streit und Zivilprozessrecht 32

IV. Alternative Streitbeilegung 34

1. Gerichtliche Streitbeilegungsmechanismen 34

2. Außergerichtliche Streitbeilegungsmechanismen 34

a) Obligatorische außergerichtliche Streitschlichtung 35

b) Mediation 36

c) Schiedsgerichtsbarkeit 38

V. Zivilprozessrecht in der Gesamtrechtsordnung 39

VI. Europäisches Zivilprozessrecht 41

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 43

§ 3 Überblick über den Ablauf eines Zivilprozesses 44

I. Bis Klageerhebung 44

1. Vorprozessuale Überlegungen des Klägers 44

2. Einreichung der Klage bei Gericht 45

II. Die mündliche Verhandlung 45

III. Die Beweisaufnahme 46

IV. Das Urteil 46

V. Rechtsmittel 46

VI. Rechtskraft 47

VII. Zwangsvollstreckung 47

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen 47

§ 4 Die Verfahrensgrundsätze 48

I. Der Dispositionsgrundsatz 48

II. Der Beibringungsgrundsatz 50

III. Mündlichkeit und Schriftlichkeit 52

IV. Der Unmittelbarkeitsgrundsatz 55

V. Der Öffentlichkeitsgrundsatz 56

VI. Der Anspruch auf rechtliches Gehör 58

1. Überblick 58

2. Notwendiger fachgerichtlicher Rechtsschutz 60

3. Rechtsschutzmöglichkeiten bei Verletzung	60
4. Die Anhörungsrüge	61
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	62

## **B. Prozessuale Vorbereitung**

---

<b>§ 5 Der Weg zum Rechtsanwalt</b>	63
I. Einschaltung eines Rechtsanwalts	64
II. Der Rechtsanwaltsvertrag	65
1. Dienstvertrag	65
2. Rechte und Pflichten	65
3. Haftung	66
4. Vergütung des Rechtsanwalts	67
5. Zulassung als Anwalt	68
III. Anwaltszwang, Lokalisationsprinzip	68
IV. Europäische Rechtsanwälte in Deutschland	69
V. Anwaltsorganisation	70
1. Kooperationsformen	70
2. Haftung in Abhängigkeit der gewählten Rechtsform	71
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	73
<b>§ 6 Die Auswahl des Gerichts</b>	74
I. Internationale Zuständigkeit	74
II. Rechtsweg	75
1. Unterteilung in fünf Rechtswege	75
2. Kompetenzregelung	77
III. Instanzenzug und sachliche Zuständigkeit	78
1. Instanzenzug in Zivilsachen	78
2. Gerichtsverfassung	78
3. Ausgestaltung der sachlichen Zuständigkeit	79
IV. Die örtliche Zuständigkeit	81
1. Art der Zuständigkeiten und ihr Verhältnis zueinander	82
2. Folge des Fehlens der örtlichen Zuständigkeit	83
3. Allgemeiner Gerichtsstand	83
a) Klagen gegen natürliche Personen	83
b) Klagen gegen juristische Personen	84
4. Besondere Gerichtsstände	84
a) Gerichtsstand der unerlaubten Handlung § 32	84
b) Gerichtsstand des vertraglichen Erfüllungsortes § 29	87
c) Dinglicher Gerichtsstand § 24	89
d) Gerichtsstand der Widerklage § 33	90
e) Gerichtsstand des Vermögens § 23	90
f) Gerichtsstandsbestimmung bei Streitgenossenschaft § 36 Abs. 1 Nr. 3	91
V. Funktionelle Zuständigkeit	91
VI. Vereinbarungen über die Zuständigkeit § 38	92
VII. Rügelose Einlassung § 39	93
Zusammenfassende Übersicht zur Ermittlung der örtlichen Zuständigkeit	94

Zusammenfassende Übersicht zu § 6	94
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	95
<b>§ 7 Die Parteien</b>	96
I. Das Prozessrechtsverhältnis	96
II. Erlangung der Parteienstellung	96
III. Parteibegriff	97
1. Parteibegriff und Sachlegitimation	97
2. Parteibegriff und Prozessführungsbefugnis	97
3. Partei kraft Amtes	98
IV. Das Zweiparteiensystem und die Entwicklung von Massenverfahren	99
V. Parteifähigkeiten	102
1. Parteifähigkeit	102
2. Prozessfähigkeit	105
3. Postulationsfähigkeit	106
VI. Verhältnis der Partei zum Streitgegenstand/Prozessführungsbefugnis	107
1. Fälle gesetzlicher Prozessstandschaft	108
2. Gewillkürte Prozessstandschaft	109
Zusammenfassende Übersicht zur Parteilehre	110
VII. Mehrheit von Parteien	111
1. Die einfache Streitgenossenschaft	111
a) Zulässigkeit	111
aa) Rechtsgemeinschaft mehrerer Personen (§ 59, 1. Fall)	112
bb) Einheit der Rechtsgründe (§ 59, 2. Fall)	112
cc) Gleichartigkeit der Streitgegenstände (§ 60)	112
b) Wirkung	113
2. Die notwendige Streitgenossenschaft (§ 62)	113
a) Fälle der notwendigen gemeinsamen Klage von mehreren bzw. gegen mehrere	113
b) Fälle der notwendig einheitlichen Sachentscheidung	114
c) Wirkungen	114
3. Behandlung in der Klausur	115
4. Streitgenossenschaft und Klagehäufung	115
VIII. Parteiänderung	115
1. Gesetzliche Regelung der Parteiänderung	116
2. Gewillkürte Parteiänderung	116
a) Der Parteiwechsel	116
b) Bindung an bisherige Prozessergebnisse/Wirkung der Parteiänderung	118
c) Parteierweiterung	118
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	119
<b>§ 8 Die Klageerhebung</b>	120
I. Die Klageschrift	120
1. Parteien	121
2. Gericht	121
3. Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs	121

4.	Bestimmter Antrag	121
a)	Unbezifferte Zahlungsanträge	122
b)	Stufenklage	122
5.	Sollvorschriften	123
6.	Unterschrift	123
7.	Sprache	127
II.	Die Klageart	127
1.	Die Leistungsklage	127
a)	Rechtsschutzziel	128
b)	Teilklagen	128
c)	Unterlassungsklagen	128
d)	Fälligkeit des Anspruchs	129
2.	Die Feststellungsklage	129
a)	Gegenstand und Inhalt der Feststellungsklage	129
b)	Ziel der Feststellungsklage	130
c)	Feststellungsinteresse/Subsidiarität der Feststellungsklage	130
d)	Das Problem nachfolgender Leistungsklagen in gleicher Sache	131
e)	Zwischenfeststellungsklage	133
3.	Die Gestaltungsklage	133
III.	Der Streitgegenstand	133
1.	Fehlende Regelung in der ZPO	133
2.	Bedeutung des Streitgegenstands	134
3.	Alte und neue Streitgegenstandstheorien	135
IV.	Die Wirkungen der Klageerhebung	136
1.	Prozessuale Wirkungen	136
a)	Einrede der Rechtshängigkeit	137
b)	Fortbestehen der Zuständigkeit – perpetuatio fori	139
c)	Verbot der Klageänderung	139
d)	Veräußerung der streitbefangenen Sache	139
2.	Materiellrechtliche Wirkungen	140
a)	Hemmung der Verjährung	140
b)	Haftungsverschärfung	142
c)	Prozesszinsen	142
V.	Die Klagehäufung	142
1.	Zulässigkeit der objektiven Klagehäufung	143
2.	Die nachträgliche objektive Klagehäufung	144
3.	Kumulative und eventuelle Klagehäufung	145
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	146

## C. Der Fortgang des Verfahrens

---

<b>§ 9</b>	<b>Die Vorbereitung der Hauptverhandlung</b>	148
I.	Ladung, Zustellung, Fristen	148
1.	Ladung	149
2.	Zustellung	149
3.	Fristen	150
4.	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	151
II.	Früher erster Termin und schriftliches Vorverfahren	152
1.	Früher erster Termin	152

2. Schriftliches Vorverfahren	153
III. Entscheidung des Richters	154
IV. Reaktionen des Beklagten und Verfahrenfortgang	154
1. Schriftliches Vorverfahren	154
2. Früher erster Termin	154
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	155
<b>§ 10 Das weitere Verfahren vor dem Gericht</b>	156
I. Obligatorische Güteverhandlung	156
II. Mündliche Verhandlung	158
1. Eröffnung	158
2. Einführung in den Sach- und Streitstand	158
3. Prüfung der Zulässigkeit	158
a) Reihenfolge Zulässigkeit und Begründetheit	159
b) Zulässigkeitsrügen	160
aa) Einteilung der Zulässigkeitsvoraussetzungen	160
bb) Bedeutung des Rügeerfordernisses	160
c) Abgesonderte Verhandlung § 280	161
d) Reihenfolge der Prüfung von Sachentscheidungsvoraussetzungen	161
4. Stellen der Anträge	161
5. Streitige Verhandlung	162
6. Beweisaufnahme	162
7. Erörterung des Sach- und Streitstands, des Ergebnisses der Beweisaufnahme	162
8. Schluss der mündlichen Verhandlung	162
III. Entscheidung und Verkündung	163
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	163

## **D. Fortführung des Verfahrens durch die Parteien**

---

<b>§ 11 Prozesshandlungen der Parteien</b>	164
I. Abgrenzung von materiellen Rechtsgeschäften und Prozesshandlungen	164
1. Voraussetzungen und Wirkungen im Prozessrecht	164
2. Unterscheidung nach der Hauptwirkung	165
3. Vornahme materieller Rechtsgeschäfte im Prozess	165
II. Arten der Prozesshandlungen	166
1. Ein- und zweiseitige Prozesshandlungen	166
2. Erwirkungs- und Bewirkungshandlungen	166
III. Regelung der Partei-handlungen	166
1. Prozesshandlungsvoraussetzungen	167
2. Form und Wirksamwerden	167
a) Prozesshandlung in mündlicher Verhandlung	167
b) Prozesshandlung außerhalb der mündlichen Verhandlung	167
aa) Gegenüber dem Gericht	167
bb) Gegenüber dem Gegner	168
3. Auslegung	168
4. Bedingungen	168
a) Haupt- und Hilfsantrag	169

b) Eventualaufrechnung	170
5. Fehler von Prozesshandlungen	171
a) Fehler bei Bewirkungshandlungen	171
b) Fehler und ihre Heilung bei Erwirkungshandlungen	171
aa) Neuvernahme	171
bb) Genehmigung	171
cc) Rügeverzicht des Gegners	171
6. Beseitigung vorgenommener Prozesshandlungen	172
a) Anfechtung	172
b) Widerruf und Rücknahme	172
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	173
<b>§ 12 Selbstständige und unselbstständige Verteidigung des Beklagten</b>	<b>174</b>
I. Die Verteidigung des Beklagten	174
II. Streit um Tatsachen	174
1. Tatsachengrundlage im Prozess	175
2. Schlüssigkeit des klägerischen Tatsachenvortrags	175
3. Erheblichkeit des Beklagtenvorbringens	176
a) Im Hinblick auf Sachentscheidungsvoraussetzungen und Prozesshindernisse	176
b) Klageleugnen	177
c) Anforderungen an das Vorbringen des Beklagten	177
d) Geltendmachen von Einreden	178
e) Replik des Klägers	178
4. Geständnis	178
5. Beweisbedürftigkeit	180
III. Streit um Rechtsfragen	180
IV. Aufrechnung des Beklagten	180
1. Wirksamkeitsvoraussetzungen	181
2. Keine Rechtshängigkeit der Aufrechnungsforderung	181
3. Aufrechnung mit rechtswegfremder Forderung	182
4. Probleme der Doppelnatur der Prozessaufrechnung	183
5. Aufrechnung im Verfahren	184
6. Aufrechnung in der Klausur	185
V. Widerklage des Beklagten	185
1. Widerklage als normale Klage	186
a) Prozess- und Sachentscheidungsvoraussetzungen	186
b) Örtliche Zuständigkeit	187
c) Sachliche Zuständigkeit	187
d) Rechtshängigkeit	188
e) Rechtsschutzbedürfnis	189
2. Privilegierung der Widerklage	189
3. Zulässigkeit der Widerklage	189
a) Rechtshängigkeit der Klage	189
b) Gleiche Prozessart	190
c) Zusammenhang als Problem der Zulässigkeit?	190
4. Eventualwiderklage	191
5. Drittwiderklage	192
a) Anwendung der Vorschriften über die Klageänderung	193

b)	Keine isolierte Drittwiderklage	193
c)	Streitgenossenschaft zwischen den Widerbeklagten	193
d)	Örtliche Zuständigkeit	193
e)	Zusammenfassung Anforderungen des BGH an die Drittwiderklage	194
f)	Abweichende Ansichten in der Literatur	194
g)	Zusammenfassung Anforderungen der Literatur an die Drittwiderklage	194
h)	Ausnahmsweise isolierte Drittwiderklage	194
6.	Die Widerklage in der Klausur	196
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	196
<b>§ 13</b>	<b>Die Klageänderung</b>	197
I.	Vorliegen einer Klageänderung	198
II.	Ohne Weiteres zulässige Klageänderungen § 264	199
III.	Einwilligung des Beklagten	199
IV.	Vermutete Einwilligung	199
V.	Sachdienlichkeit	199
VI.	Verhältnis von Klageänderung und Klagerücknahme	200
	Zusammenfassende Übersicht zu § 13	200
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	201
<b>§ 14</b>	<b>Prozessbeendigende Prozesshandlungen des Klägers</b>	202
I.	Klagerücknahme	202
1.	Überblick	202
2.	Klagerücknahme als Prozesshandlung	203
3.	Zulässigkeit der Klagerücknahme	203
4.	Klagerücknahme mit und ohne Einwilligung des Beklagten	204
5.	Wirkung	204
6.	Kosten	205
II.	Einseitige Erledigungserklärung	206
1.	Überblick	207
2.	Die einseitige Erledigung als nachträgliche Klageänderung	207
a)	Klageänderungstheorie	207
b)	Zulässigkeit der Klageänderung	208
c)	Wirksamkeit der Erledigungserklärung	208
3.	Zulässigkeit und Begründetheit der ursprünglichen Klage bei Erledigung	208
4.	Eintritt eines erledigenden Ereignisses	209
5.	Zeitpunkt des erledigenden Ereignisses	209
6.	Die einseitige Erledigung in der Klausur	211
III.	Verzicht	211
1.	Überblick	212
2.	Rechtsnatur	212
3.	Voraussetzungen	212
4.	Wirkung	213
5.	Der Verzicht in der Klausur	213
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	213

<b>§ 15 Prozessbeendigung durch Anerkenntnis des Beklagten</b>	215
I. Überblick	215
II. Rechtsnatur	215
III. Voraussetzungen	216
1. Erklärung des Beklagten	216
2. Kein Antrag des Klägers	216
3. Form	216
4. Prozesshandlungsvoraussetzungen	217
IV. Wirkung/Kostenregelung	217
V. Das Anerkenntnis in der Klausur	218
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	218
<b>§ 16 Prozessbeendigende Prozesshandlungen von Kläger und Beklagtem</b>	219
I. Die übereinstimmende Erledigungserklärung	219
1. Überblick	219
2. Erledigungsereignis und Erledigungserklärung	220
3. Wirkung	220
4. Erledigungserklärung als Prozesshandlung	221
5. Kostenentscheidung	221
6. Zulässigkeit einer erneuten Klage	222
7. Übereinstimmende Erledigung in der Klausur	223
II. Der Vergleich	223
1. Überblick	223
2. Außergerichtliche und gerichtliche Vergleiche	224
a) Außergerichtliche Vergleiche	224
aa) Der materiellrechtliche Vergleich gem. § 779 BGB	225
bb) Der Vergleich vor der Gütestelle nach § 15 a EGZPO	226
cc) Der Vergleich während eines rechtshängigen Verfahrens	226
dd) Der Anwaltsvergleich	228
b) Gerichtliche Vergleiche	228
3. Der Prozessvergleich	229
a) Rechtsnatur	229
b) Voraussetzungen	230
aa) Materiellrechtliche Voraussetzungen	230
bb) Prozessrechtliche Voraussetzungen	231
c) Wirkungen	232
aa) Materiellrechtliche Wirkungen	232
bb) Prozessuale Wirkungen	233
d) Fehler, Anfechtung, Aufhebung und Rücktritt	233
e) Fortsetzung des alten oder neues Verfahren	234
aa) Unwirksamkeit des Vergleichs	234
bb) Der angefochtene Vergleich	234
cc) Rücktritt und Aufhebung	234
Zusammenfassende Übersicht zum Prozessvergleich	235
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	236

## E. Versäumnisverfahren

---

§ 17 Säumnis	237
§ 18 Das Versäumnisurteil gegen den Beklagten	239
§ 19 Das Versäumnisurteil gegen den Kläger	241
§ 20 Der Einspruch	242
I. Zulässigkeit des Einspruchs	242
II. Wirkung des Einspruchs	242
III. Entscheidungsmöglichkeiten des Gerichts	243
1. Beide Parteien erscheinen	243
2. Erneute Säumnis der Partei im Einspruchstermin	243
3. Säumnis des Einspruchsgegners im Einspruchstermin	244
4. Berufung gegen zweites Versäumnisurteil	244
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	244

## F. Beweisrecht

---

§ 21 Die Informationsbeschaffung für das Verfahren	245
§ 22 Notwendigkeit und Gegenstand des Beweises	248
§ 23 Grundbegriffe des Beweisrechts	250
I. Beweismittel	250
1. Augenscheinsbeweis	250
2. Zeugenbeweis	251
3. Sachverständigenbeweis	252
4. Urkundsbeweis	253
5. Parteivernehmung	254
II. Beweisverfahren	254
1. Strengbeweis und Freibeweis	254
2. Beweisantritt	255
3. Anordnung der Beweisaufnahme	255
4. Durchführung der Beweisaufnahme	255
a) Der beauftragte Richter	256
b) Der ersuchte Richter	256
c) Beweiserhebungen im Ausland	256
5. Beweiswürdigung	257
a) Grundsatz freier Beweiswürdigung	257
b) Anscheinsbeweis	257
c) Schadensschätzung	259
III. Selbstständiges Beweisverfahren	260
IV. Beweismaß	260
1. Regelbeweismaß	260
2. Glaubhaftmachung	261
V. Beweisführungslast	261
VI. Beweislast	262
1. Entscheidungsnotwendigkeit in einer non liquet-Situation	262

2.	Grundregel der Beweislast	262
3.	Gesetzliche Beweislastregeln	262
4.	Richterrechtliche Beweislastregeln	263
5.	Beweislast bei der negativen Feststellungsklage	264
<b>§ 24</b>	<b>Beweisverwertungsverbote</b>	266
I.	Lauschzeugen	266
II.	Heimliche Vaterschaftstests	267
III.	Dashcams	269
	Zusammenfassende Übersicht Beweisrecht	271
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	271
<b>G. Das Urteil</b>		
<b>§ 25</b>	<b>Arten gerichtlicher Entscheidungen</b>	273
I.	Urteil	273
II.	Beschluss	273
III.	Verfügung	273
<b>§ 26</b>	<b>Urteilsarten</b>	275
I.	Das Endurteil	275
II.	Das Zwischenurteil	276
<b>§ 27</b>	<b>Der Erlass des Urteils</b>	277
I.	Fällung des Urteils	277
1.	Urteilsfindung	277
2.	Entscheidungsmöglichkeiten	277
3.	Richterwechsel	278
II.	Verkündung des Urteils	278
III.	Zustellung des Urteils	279
IV.	Form und Inhalt des Urteils	279
<b>§ 28</b>	<b>Die Rechtskraft des Urteils</b>	282
I.	Die formelle Rechtskraft	282
II.	Die materielle Rechtskraft	282
1.	Wirkung der materiellen Rechtskraft	283
a)	Negative Prozessvoraussetzung	284
b)	Präjudizialität	284
2.	Rechtskraftfähige Entscheidungen	285
3.	Objektiver Umfang der materiellen Rechtskraft	285
a)	Grundsatz	285
b)	Entscheidungsgründe als Auslegungshilfe	286
c)	Keine Rechtskraft von Einwendungen und Einreden	287
d)	Rechtskraft bei Aufrechnung	287
e)	Rechtskraft bei Teilklagen	288
f)	Rechtskraft bei Schmerzensgeldklagen	289
g)	Zwischenfeststellungsklage	290
4.	Subjektiver Umfang der materiellen Rechtskraft	291
a)	Grundsatz inter partes-Wirkung	291
b)	Rechtskrafterstreckung auf Rechtsnachfolger	292

c) Gutgläubigkeit des Rechtsnachfolgers	292
d) Rechtskrafterstreckung auf Dritte	293
5. Zeitliche Grenzen der Rechtskraft	293
III. Durchbrechung der Rechtskraft	294
1. Die Abänderungsklage gem. § 323	294
2. Die Wiederaufnahme des Verfahrens	295
a) Die Nichtigkeitsklage	295
b) Die Restitutionsklage	296
c) Dreiteilung des Wiederaufnahmeverfahrens	296
3. Durchbrechung der Rechtskraft gem. § 826 BGB	296
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	298

## H. Rechtsmittel

---

<b>§ 29 Überblick</b>	299
I. Unterscheidung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen	300
II. Aufbau einer Rechtsmittelklausur	300
III. Verschlechterungsverbot	301
<b>§ 30 Die Berufung</b>	303
I. Die Zulässigkeit der Berufung	303
1. Statthaftigkeit	303
2. Form der Einlegung in der Berufungsfrist	304
3. Beschwer	306
4. Berufungsbegründung	307
5. Die Prüfung der Zulässigkeit der Berufung	309
II. Zurückweisung durch Beschluss	309
III. Die Begründetheit der Berufung	310
1. Berufungsgrund der fehlerhaften Rechtsanwendung	311
2. Berufungsgrund der unrichtigen Tatsachenfeststellung	312
3. Neue Tatsachen	313
IV. Die Entscheidung des Berufungsgerichts	314
<b>§ 31 Die Revision</b>	316
I. Die Zulässigkeit der Revision	316
1. Statthaftigkeit	316
2. Form der Einlegung in der Revisionsfrist	318
3. Beschwer	318
4. Revisionsbegründung	318
5. Die Prüfung der Zulässigkeit der Revision	319
II. Zurückweisung durch Beschluss	319
III. Die Begründetheit der Revision	319
IV. Die Entscheidung des Revisionsgerichts	320
V. Flucht aus der Revision	320
<b>§ 32 Die Beschwerde</b>	322
I. Die sofortige Beschwerde	322
II. Die Rechtsbeschwerde	323
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	325

## I. Besondere Verfahrensarten

---

<b>§ 33 Das Mahnverfahren</b>	326
I. Überblick	326
II. Zulässigkeit des Mahnverfahrens	327
III. Erlass des Mahnbescheids	330
IV. Widerspruch	330
V. Erlass des Vollstreckungsbescheids	332
VI. Einspruch	332
VII. Säumnis im Einspruchstermin	333
VIII. Berufung	334
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	335
<b>§ 34 Der Urkundenprozess</b>	336
<b>§ 35 Das Verfahren in Familiensachen</b>	338

## J. Beteiligung Dritter am Rechtsstreit

---

<b>§ 36 Nebenintervention</b>	340
I. Begriff	341
II. Voraussetzung	341
III. Rechtsstellung des Nebenintervenienten	342
IV. Interventionswirkung	343
<b>§ 37 Streitverkündung</b>	344
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	345

## K. Einstweiliger Rechtsschutz

---

<b>§ 38 Regelung des einstweiligen Rechtsschutzes</b>	346
I. Arten	346
II. Voraussetzungen	347
III. Verfahren	347
IV. Regelung des Arrestes	349
V. Regelung der einstweiligen Verfügung	350
1. Sicherungsverfügung	350
2. Regelungsverfügung	350
3. Leistungsverfügung	351
Zusammenfassende Übersicht einstweiliger Rechtsschutz	352
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	352
<b>Anhang: Definitionen</b>	353
<b>Stichwortverzeichnis</b>	357

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
Abb.	Abbildung
ABL.	Amtsblatt
ABL.EG	Amtsblatt der EG
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADR	Alternative Dispute Resolution
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom 2.7.1979 (BGBl. I, 853 ber. 1036)
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
AusfG	Ausführungsgesetz
AVAG	Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Verträge und zur Durchführung von Verordnungen und Abkommen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen vom 3.12.2009 (BGBl. I, 3830)
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAG	Berufsausübungsgesellschaft
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebsberater
BBG	Bundesbeamtengesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom 31.3.1999 (BGBl. I, 675)
Bd.	Band
BerHG	Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen vom 18.6.1980 (BGBl. I, 689).
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18.8.1896
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof (www.bundesgerichtshof.de, dort alle Urteile ab 2000 als pdf-Datei)
BGHZ	Entscheidungen des BGH in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMJ	Bundesministerium der Justiz (www.bmj.bund.de, dort Gesetze, BGBl. online mit Aktualitätsdienst und Reformvorhaben)
BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte in der Fassung vom 1.11.2001
BRAGO	Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung (außer Kraft)
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung, Gesetz vom 1.8.1959 (BGBl. I, 565)
BReg	Bundesregierung
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom 31.3.1999 (BGBl. I, 654)
BSG	Bundessozialgericht
Bt.Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

## Abkürzungsverzeichnis

---

BVerwG bzw.	Bundesverwaltungsgericht beziehungsweise
DB ders. dies. DRiG	Der Betrieb derselbe dieselben Deutsches Richtergesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom 19.4.1972 (BGBl. I, 713)
DS DStR DZWIR	Der Sachverständige Deutsches Steuerrecht Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e.V.	eingetragener Verein
EG	Europäische Gemeinschaften
EGBGB	Einführungsgesetz zum BGB i.d.F. der Bekanntmachung vom 21.9.1994 (BGBl. I, 2494 ber. BGBl. 1997 I, 1061)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Konsolidierte Fas- sung mit den Änderungen durch den Vertrag von Amsterdam vom 2.10.1997
EGVP	Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach ( <a href="http://www.egvp.de">www.egvp.de</a> )
EGZPO	Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung vom 30.1.1877 (RGrBl. 244)
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreihei- ten vom 4.11.1950 (BGBl. 1952 II, 686, 953)
ERVV	Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung (BGBl. I. 3803)
ERVVO BGH	elektronische Rechtsverordnung des BGH
EU	Europäische Union
EuBVO	Verordnung (EU) 2020/1783 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Hand- elssachen (Beweisaufnahme) (Neufassung) (ABIEG Nr. L 405/1 vom 2.12.2020)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGHE	Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs
EuGVO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABL.EU L 351 S. 1, geändert durch Verordnung (EU) Nr. 542/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.5.2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 bezüglich der hinsichtlich des Einheitlichen Patentge- richts und des Benelux-Gerichtshofs anzuwendenden Vorschriften, ABL.EU L 163 vom 29.5.2014, S. 1 ff.
EuRAG	Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland vom 9.3.2000, (BGBl. I 182), Zuletzt geändert durch Art. 9 Gesetz zur Verbesse- rung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsquali- fikationen vom 6. 12. 2011 (BGBl. I S. 2515)
EuÜ	Europäisches Übereinkommen über die internationale Handelsschiedsge- richtsbarkeit vom 21.4.1961 (BGBl. 1964 II, 425)
EuVTVO	Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.4.2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen (Amtsblatt Nr. L 143 vom 30.4.2004 S. 15–39)
EuZustVO	Verordnung (EU) 2020/1784 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über die Zustellung gerichtlicher und außergericht- licher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (Zustellung von Schriftstücken) (Neufassung) (ABIEG Nr. L 405/40 vom 25.11.2020)

## Abkürzungsverzeichnis

---

FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.12.2008, (BGBl. I, 2586)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FD-ZVR	Fachdienst Zivilverfahrensrecht
f.	folgende Seite
ff.	folgende Seiten
FGO	Finanzgerichtsordnung i.d.F. der Bekanntmachung vom 28.3.2001 (BGBl. I, 443 ber. 2262 und 2002 I, 679)
FS	Festschrift
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949
GKG	Gerichtskostengesetz vom 5.5.2004 (BGBl. I, 718)
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmS-OGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GS	Gedächtnisschrift
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz vom 27.1.1877, i.d.F. vom 9.5.1975 (BGBl. I, 1077)
GWR	Zeitschrift für Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
HBÜ	Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen vom 18.3.1970 (BGBl. 1977 II, 1472)
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.S.	im Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
JA	Juristische Ausbildung
Jb.f.RSoz.u.RTh	Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie
JKomG	Gesetz vom 22.3.2005 über die Verwendung elektronischer Kommunikationsformen in der Justiz (BGBl. I, 837)
JR	Juristische Rundschau
JuMoG	1. Justizmodernisierungsgesetz vom 24.8.2004 (BGBl. I, 2198)
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KapMuG	Gesetz über Musterverfahren in kapitalmarktrechtlichen Streitigkeiten vom 19.10.2012 (BGBl. I, 2182)
KG	Kammergericht, Kommanditgesellschaft
KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen
LG	Landgericht
lit.	litera
LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier-Möhring (beck-online)
MarkenG	Markengesetz, BGBl. vom 25.10.1994 (BGBl. I, 3082, ber. BGBl. I, 1995 156)
m.Anm.	mit Anmerkung
m.w.Nw.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MittBayNot	Zeitschrift der bayerischen Notarkammer
MittRhNotK	Zeitschrift der mittelrheinischen Notarkammer
MüKo	Münchener Kommentar

## Abkürzungsverzeichnis

---

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
PartGG	Gesetz über Partnerschaftsgesellschaften Angehöriger freier Berufe vom 25.7.1994 (BGBl. I, 1744)
PatG	Patentgesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom 16.12.1980 (BGBl. 1981 I, 1)
PfIVG	Pflichtversicherungsgesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom 5.4.1965 (BGBl. I, 213)
PKH	Prozesskostenhilfe
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz vom 15.12.1989 (BGBl. 2198)
RA	Rechtsanwalt
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RBerG	Rechtsberatungsgesetz (außer Kraft)
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz (Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen) vom 12.12.2007 (BGBl. I, 2840)
RefE	Referentenentwurf
RG	Reichsgericht
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RiL	Richtlinie
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RIW/AWD	Recht der Internationalen Wirtschaft, Betriebs-Berater International (früher: Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters)
Rn.	Randnummer
RPfl	Rechtspfleger
RPflegler	Der Rechtspfleger (Zeitschrift)
Rs.	Rechtssache
R/S/G	Rosenberg/Schwab/Gottwald, Zivilprozessrecht, 17. Auflage 2010
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz vom 5.5.2004 (BGBl. I, 718, 788)
S.	Seite/siehe
SchiedsVfG	Gesetz zur Neuregelung des Schiedsverfahrensrechts vom 22.12.1997 (BGBl. I, 3224)
SGG	Sozialgerichtsgesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.9.1975 (BGBl. I, 2535)
Slg.	Amtliche Sammlung des EuGH
sog.	sogenannte
StGB	Strafgesetzbuch
St. Rspr.	Ständige Rechtsprechung
SZ	Süddeutsche Zeitung
u.a.	unter anderem
Übers.	Übersicht
UKlaG	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen in der Fassung vom 27.8.2002 (BGBl. I, 3422, ber. 4346)
Urt.	Urteil
usw.	Und so weiter
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 3.7.2004 (BGBl. I, 1414)
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkung
VU	Versäumnisurteil
VUR	Verbraucher und Recht

## Abkürzungsverzeichnis

---

VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung i.d.F. der Bekanntmachung vom 19.3.1991 (BGBl. I, 686)
www.	World Wide Web
z.B.	zum Beispiel
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZJS	Zeitschrift für das juristische Studium (www.zjs-online.com)
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZPO	Zivilprozessordnung vom 30.1.1877
ZPR	Zivilprozessrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZustRG	Gesetz zur Reform des Verfahrens bei Zustellungen im gerichtlichen Verfahren (Zustellungsreformgesetz) vom 25.6.2001 (BGBl. I, 1206)
z.Zt.	zur Zeit
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International

